

Factsheet

7. Juli 2026

Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»

Am 27. September 2026 wird über die «Ernährungsinitiative» abgestimmt.

Ebene

eidgenössisch kantonal kommunal

Inhalt des Geschäfts (Ausgangslage, Ausgestaltung, Ziele)

Die Ernährungsinitiative von Franziska Herren und dem Verein «Sauberes Wasser für alle» will die Ernährungssicherheit stärker über inländische, nachhaltige Produktion sichern. Kernpunkte sind:

Der Bund soll einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 % anstreben; heute liegt dieser gemäss Bundesrat bei rund 46 %. Erreichen will die Initiative dies vor allem über mehr pflanzliche Lebensmittel, eine entsprechend ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft, den Schutz von Grundwasser, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität sowie strengere Vorgaben bei Stickstoff- und Phosphoreinträgen. Die Ziele sollen innert zehn Jahren nach Annahme erreicht werden.

Der Bundesrat und das Parlament empfehlen die Ablehnung der Initiative. SP, Grüne und GLP hätten einen Gegenvorschlag gewollt, unterlagen aber deutlich.

Betroffenheit für KMU- und Gewerbe

gross mittel klein

Für die gesamte KMU-Wirtschaft wäre die Betroffenheit nicht gleichmässig gross. Stark betroffen wären vor allem KMU und Betriebe in der Land- und Ernährungswirtschaft. Für KMU ausserhalb dieser Wertschöpfungskette wäre die Betroffenheit eher indirekt (Preise, Konsumverhalten, Regulierungen)

Qualitative Beurteilung

70 % Netto-Selbstversorgung innerhalb von zehn Jahren sind unrealistisch und wären – wenn überhaupt – nur mit massiven Produktions- und Konsumumstellungen erreichbar. Die Wahlfreiheit bei Lebensmitteln würde dadurch stark eingeschränkt; der Staat müsste faktisch vorgeben, was produziert und konsumiert werden soll. Durch zusätzliche Regulierungen dürften die Lebensmittelpreise steigen. Gleichzeitig bestünde die Gefahr, dass bei einer sinkenden Inlandproduktion von tierischen Produkten einfach mehr importiert würde – zulasten der Schweizer Produzentinnen und Produzenten. In der Fleisch- und Milchverarbeitung und davon abhängigen Betrieben könnten zudem Arbeitsplätze verloren gehen.



KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

Befürworter Parteien

keine

Gegner Parteien

alle

Pro

-

Kontra

- Bevormundung des Bürgers
- Utopische Ziele der Initiative
- Nur durch Regulierungen erreichbar
- Mehr Exporte aus dem Ausland
- Verlust von Arbeitsplätzen in betroffenen Branchen

Massnahmen KGV

- Parolenfassung
- Beitrag KGV-Newsletter
- Redaktionelle Beiträge «Zürcher Wirtschaft»
- aktive Mitarbeit an Kampagne (u.a. Leserbriefe, Medienarbeit, Information der Sektionen)
- Kampagnenlead
- finanzielle Unterstützung
- weitere

Beschluss

Der KGV-Vorstand empfiehlt die Nein-Parole.